

**Ergebnisprotokoll**

der 12. Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten (NLF)  
(IX. Wahlperiode)  
am 10. Dezember 2020

**Tagungsort:** Video-Konferenz

**Beginn:** 10:05 Uhr **Ende:** 11:28 Uhr

**Teilnehmer:** Herr Göllner, Ausschussvorsitzender

Herr Figaj	Herr Kötter i.V.	Herr Schmitt
Herr Gerfelder i.V.	Herr Röttger i.V.	Herr Dr. Voos
Herr Gritsch	Herr Stolpp	Herr Ziemainz
Herr Köhler	Herr Schindler i.V.	Herr Zimmermann

**Fraktionsgeschäftsführer:** Herr Vogt

**Vorsitzender der RVS:** Herr Kraft

**Obere Landesplanungsbehörde:**

Herr Dr. Beck	Frau S. Mahler
Frau Güss	Herr Langsdorf
Herr Hennig	
Herr Bleher	

**Dezernat Bergaufsicht:**

Frau Elsäßer
Frau Wolf

**Planungsbüro MVV Regioplan aus Mannheim:** Herr Dr. Kuhn, Projektleitung (Viernheim)

**Gemeinde Schaafheim:** Herr Rauschenberger (ab 01.01.2021 Bürgermeister)  
Herr Keller (Haupt- und Personalamtsleiter)

**INGENEURE reuter+co:** Herr Reuter (Planer des Antragstellers Firma Höfling)

**Host:** Herr Ritter

**Schriftführerin:** Frau Müller

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 11. Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten
2. Antrag der Stadt Viernheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG zur Darstellung/ Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes (Lammschlachtereierzeugung/ Zerlegebetrieb, Agrarunternehmung) - **Drs. Nr. IX / 126.1**
3. Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans für die geplante Südwest-Erweiterung des Quarzsandtagebaus „Schaafheim“ der Firma Gerhard Höfling GmbH in der Gemarkung Schaafheim - **Drs. Nr. IX / 133.0** und **Drs. Nr. IX / 133.1**
4. Anfragen und Mitteilungen

**zu TOP 1:** Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 11. Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten

**Herr Göllner** (Vorsitzender) begrüßte zu einer historischen 12. Sitzung als erster Sitzung des NLF als Videokonferenz. Insbesondere begrüßte er zu TOP 2 Herrn Dr. Kuhn vom Planungsbüro MVV Regioplan aus Mannheim (von der Stadt Viernheim beauftragtes Büro). Zu TOP 3 begrüßte er für die Gemeinde Schaafheim Herrn Rauschenberger, Herrn Keller (Haupt- und Personalamtsleiter) und Herrn Reuter von INGENEURE reuter+co: (Planer des Antragstellers Fa. Höfling). Herr Göllner begrüßte auch die Zuschauer der virtuellen Welt. Er begrüßte und dankte den Mitarbeitern der Geschäftsstelle für die gute Organisation der Videokonferenz. Dadurch könne die Arbeitsfähigkeit der Gremien aufrechterhalten werden. Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwendungen.

Das Protokoll der 11. NLF-Sitzung wurde einstimmig genehmigt.

**zu TOP 2:** Antrag der Stadt Viernheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG zur Darstellung/ Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes (Lammschlachtereierzeugung/ Zerlegebetrieb, Agrarunternehmung) - **Drs. Nr. IX / 126.1**

**Herr Göllner** bat die Geschäftsstelle die Vorlage vorzustellen.

**Frau Mahler** erläuterte kurz Gegenstand, Anlass, betroffene Zielaussagen und die Gründe für die positive Beschlussvorlage sowie die Maßgaben.

**Herr Göllner** bedankte sich bei Frau Mahler für ihre Ausführungen und fragte Herrn Dr. Kuhn ob er dies noch ergänzen möchte.

**Dr. Kuhn** (Planungsbüro MVV Regioplan aus Mannheim) betonte noch einmal die Bedeutung der Themen Qualitätssicherung/-anforderungen und Verkehrsabwicklung. Er bat darum, den

stellvertretenden Bauamtsleiter der Stadt Viernheim, Herrn Jung entschuldigen zu dürfen. Die Stadt Viernheim möchte den Betrieb an dieser Stelle sichern, der in der Nähe der Siedlung nicht realisierbar sei, und unterstütze daher die Planung.

**Herr Röttger** (CDU) sagte, die Vorlage sei sowohl schriftlich als auch von Frau Mahler mündlich sehr gut begründet. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu. Auch die verschiedenen Maßgaben in der Vorlage würden von Seiten der CDU unterstützt.

**Herr Figaj** (DIE GRÜNEN) erläuterte die Kritikpunkte seiner Fraktion an dieser Vorlage. Die Kritik zur Betroffenheit der Landwirtschaft würde zwar unter Hinweis auf die weitere intensive Grünlandbewirtschaftung des Bodens sowie der Schafhaltung vor Ort nicht im Vordergrund stehen. Kritik bestehe am Umfang der geplanten Flächen für das Wohnen und insbesondere am Umfang der geplanten Verkaufsfläche, die von 70 m<sup>2</sup> auf 300 m<sup>2</sup> vergrößert werden soll. Dies werde zu neuem Zielverkehr im Außenbereich führen und sei der Hauptkritikpunkt. Es sei fraglich, ob es nicht besser geeignete Standortalternativen für den Verkauf in Viernheim gebe. Der Verkehr könne ansonsten auf die Anfahrt der Tiere und die Abfahrt der Fleischprodukte konzentriert werden und würde keinen Zielverkehr in den Außenbereich hinein generieren. Der auf Seite 31, dritter Absatz verwendete Begriff „landwirtschaftsähnlicher Betrieb“ sei kein rechtsfester Begriff und unterstütze das Bauen im Außenbereich auch nicht. Es würde sich um einen Industriebetrieb handeln und es werde ein größerer Verkaufsbetrieb entstehen.

**Herr Göllner** fragte, ob er die Kritik der GRÜNEN richtig verstanden habe, dass sie sich hauptsächlich gegen die Verkaufsfläche richte. Ob sich die Vorlage damit auseinandergesetzt hat und ob die Aussage der doch sehr geringen Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs zu der hohen Steigerung der Verkaufsfläche passe, bat er Frau Mahler zu erläutern.

Zum Thema Kritik am Umfang des Wohnens antwortete **Frau Mahler**, soweit bekannt, sei das Wohnen nur für bestimmte Personen im direkten betrieblichen Zusammenhang zulässig, nicht aber für die 120 Mitarbeiter insgesamt. Der momentane Metzgereiverkauf solle auch weiterhin stattfinden. Der Betrieb produziere für den Handel und der überwiegende Verkauf finde über den Handel statt. Man sehe diese 300 m<sup>2</sup>, 240 m<sup>2</sup> für eigene Betriebserzeugnisse und 60 m<sup>2</sup> für darüberhinausgehende Randsortimente daher als unkritisch an.

**Herr Göllner** fügte an, es sei nicht so, dass linear mit dem Anteil der Verkaufsfläche auch erwartet werde, dass der Absatz der dort produzierten Produkte steige. Tatsächlich sollen die Produkte über den Einzelhandel, vorrangig wahrscheinlich auch regional, abgesetzt werden.

**Frau Mahler** bestätigte dies. Die derzeitigen Verhältnisse seien sehr beengt und sollen etwas entzerrt werden. Man fand dies nachvollziehbar und die Flächengröße von 300 m<sup>2</sup> wurde als überschaubar angesehen.

**Herr Göllner** hielt für das Protokoll fest, dass es heute keine Abstimmung gäbe, sondern die Vorlage zur Kenntnis genommen werde.

**Herr Gerfelder** (SPD) sah für seine Fraktion keine Bedenken, die SPD werde in der nächsten Woche der Vorlage so zustimmen.

**Herr Göllner** dankte Herrn Dr. Kuhn und Frau Mahler für deren Ausführungen. Er teilte mit, dass zum nächsten Punkt Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans, die Regionalversammlung dazu aufgefordert wird, eine Stellungnahme abzugeben. Das RP hat eine positive Stellungnahme abgegeben. Die Gemeinde Schaafheim habe dies etwas kritischer gesehen. Er bat auch hier die Geschäftsstelle, die Vorlage dem Ausschuss nochmals vorzustellen.

**zu TOP 3:** Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans für die geplante Südwest-Erweiterung des Quarzsandtagebaus „Schaafheim“ der Firma Gerhard Höfling GmbH in der Gemarkung Schaafheim - **Drs. Nr. IX / 133.0** und **Drs. Nr. IX / 133.1**

**Herr Hennig** stellte die Vorlage vor. Die erforderliche Abweichungszulassung werde im Rahmen der Planfeststellung konzentriert. Daher führe die Regionalversammlung kein eigenständiges Verfahren durch, sondern werde im Rahmen der Trägerbeteiligung als Träger öffentlicher Belange mit eigener Stellungnahme gehört. Die Vorlage beziehe sich daher nur auf die rein regionalplanerischen Aspekte. Die Firma Höfling plane eine Erweiterung an einem bestehenden Standort, da mit dem Ende der Rohstoffentnahme bis ca. 2023 zu rechnen ist. Der Standort wird in einem Trockenabbau betrieben, danach soll verfüllt und auch eine landwirtschaftliche Folgenutzung ermöglicht werden. Da die beantragte Fläche in einem Vorranggebiet für Landwirtschaft zum Tragen komme, sei hier eine Abweichungszulassung von dem Ziel Vorranggebiet für Landwirtschaft erforderlich. Die Entscheidung über die tatsächliche Abweichung erfolge dann durch das Dezernat Bergaufsicht, da dies die Planfeststellungsbehörde sei. Die Stellungnahme der RVS habe hier ein bedeutendes Gewicht.

**Herr Göllner** dankte Herrn Hennig für seine Darstellung.

**Herr Schindler** (SPD) fragte ob es richtig sei, dass die dort gewonnenen Materialien zur Weiterverarbeitung über die Autobahn in die Nähe von Würzburg gebracht würden. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sei dies für die SPD-Fraktion von besonderer Bedeutung.

Dazu antwortete **Herr Hennig**, dass in den Unterlagen dargestellt sei, dass erhebliche Mengen des Materials in ein Werk nach Ippesheim, sozusagen zur Weiterverarbeitung geliefert werden. Für detaillierte Angaben dazu müsse man den Vertreter Herrn Reuter fragen.

**Herr Gerfelder** (SPD) bat Herrn Hennig, die auf Seite 3 der Vorlage formulierten Zahlenwerte zu erläutern.

**Herr Hennig** erläuterte, dass Flächen die kleiner als 10 ha sind, eine Symboldarstellung haben. Die 6,4 ha seien im Regionalplan als Vorranggebiet Abbau Planung nur als Symbol dargestellt, in der Tabelle konkretisiert als 6,4 ha. Die Erweiterungsplanung liege mit ca. 2,4 ha innerhalb der regionalplanerisch als Vorranggebiet festgelegten Fläche.

Auf Nachfrage von **Herrn Gerfelder** (SPD) erklärte **Herr Hennig**, dass die 2,4 ha Bestandteil des Wertes von 6,4 ha in der Tabelle seien. Diese seien in der Karte allerdings nur als Symbol dargestellt.

**Herr Göllner** gab dem Herrn Rauschenberger die Gelegenheit sich dazu zu äußern.

**Herr Rauschenberger** (ab dem 01. Januar 2021 Bürgermeister von Schaafheim) bedankte sich für die Einladung und erklärte und erläuterte die Position seiner Gemeinde.

**Herr Röttger (CDU)** bat den künftigen Bürgermeister zu der Beschlussfassung der Gemeinde was zu sagen. Er entnehme der Vorlage nicht ein fundamentales Nein, sondern dass die Gemeinde zustimmen könnte wenn ihre Wünsche Berücksichtigung finden würden.

**Herr Rauschenberger** erklärte, dass die Gemeinde aus regionalplanerischer Sicht gegen eine Vergrößerung des Gebietes sei. Es solle nahezu eine Verdoppelung des Gebietes, wie bisher im Regionalplan vorgesehenen war, vorgenommen werden. Dies führe zu einer Verkehrsbelastung, die für die Gemarkung nicht geeignet sei.

**Herr Gerfelder (SPD)** fragte nochmals, welche Position die Gemeinde Schaafheim bezüglich des Verkehrsaufkommens einnehme.

**Herr Rauschenberger** antwortete, dass sich bisherige Planungen ja am jetzigen Regionalplan orientiert hätten und benannte die zu erwartenden Betroffenheiten, falls die Erweiterung wie beantragt, kommen würde.

**Herr Gerfelder (SPD)** äußerte, dass die Regionalversammlung eine Stellungnahme zum bergrechtlichen Verfahren abgebe. Aufgrund der vielen aufgeworfenen Fragen könne dies heute nicht entschieden werden.

**Herr Röttger (CDU)** erklärte für die CDU, dass man der Vorlage, wie sie Herr Hennig präsentiert habe, so nicht zustimmen könne. Die Vorlage sehe vor, dass aus Sicht der Oberen Landesplanungsbehörde keine Bedenken bestehen. Bedenken bestünden bei der CDU-Fraktion. Er habe jedoch noch Fragen zum Beschluss der Gemeinde, wie er vorliege.

**Herr Rauschenberger** beantwortete zunächst die Fragen von Herrn Gerfelder und anschließend die von Herrn Röttger.

**Herr Göllner** bat Herrn Reuter die von Herr Schindler am Anfang gestellte Frage zu beantworten.

**Herr Reuter** erläuterte ausführlich die beantragte Erweiterung und die damit einhergehende Verkehrsentwicklung.

**Herr Stolpp** (DIE GRÜNEN) sagte für die Fraktion DIE GRÜNEN, dass sie das Vorhaben ausgesprochen kritisch sehen und sich im Wesentlichen den Bedenken der Gemeinde Schaafheim, die Herr Rauschenberger vorgetragen habe, anschließen.

**Herr Zimmermann** (FDP) teilte mit, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde.

**Herr Gerfelder** (SPD) erklärte, dass von der SPD noch Klärungsbedarf bestehe, insbesondere was das Verkehrsaufkommen betreffe. Die RVS selbst habe keine Entscheidungsgewalt, sonst wäre ein Schieben möglich.

**Herr Schindler** (SPD) fragte das Dezernat Bergaufsicht, ob eine Fristverlängerung denkbar wäre.

**Frau Elsäßer** teilte mit, dass dazu keine Entscheidung getroffen werden könne.

**Herr Göllner** fasste zusammen, dass der Fachausschuss die Vorlage so nicht trage. Herr Göllner bat Herrn Hennig die Vorlage zu überarbeiten und die heute von den Mitgliedern des NLF vorgebrachten Aspekte einzuarbeiten. **Herr Göllner** schlug vor nächsten Donnerstag zu einer weiteren Videokonferenz zusammenkommen. Sollte das Dezernat Bergaufsicht einer Fristverlängerung bis Mitte März zustimmen, könne die Vorlage eine Sitzungsrunde geschoben werden und eine adäquate Stellungnahme neu erarbeitet werden. Wenn dies nicht möglich sei, tage der NLF nächste Woche Donnerstag, den 17.12.2020 um 10:00 Uhr.

**Herr Hennig** erwiderte, dass die Diskussion gezeigt habe, dass die Fraktionen verschiedene Ansatzpunkte für die Stellungnahme der Regionalversammlung vorgetragen hätten. Es wäre gut die Vorstellungen der Fraktionen von Seiten des Ausschusses zu bekommen.

**Herr Schindler** (SPD) erklärte für die SPD-Fraktion, aufgrund der Diskussion eine aktuelle Entscheidung über mehr Flächen als die 2,4 ha nur getroffen werden könne im Zuge der Änderung bzw. in der Neuaufstellung des Regionalplanes und der Fortschreibung. Das RP müsste in der Lage sein, die geäußerten Wünsche der Fraktionen so umzusetzen, dass eine Stellungnahme nicht so positiv erfolge, wie sie vorgelegt wurde. Er hoffe darauf, dass das Dezernat Bergaufsicht der Regionalversammlung eine Frist bis März gewähre.

**Herr Röttger** (CDU) teilte mit, dass er sich im Grunde der Aussage von Herrn Schindler anschließe. Das mindeste sei die Begrenzung des täglichen Abbaus. Aber insgesamt, gehe es um eine Verständigung zwischen der Gemeinde und dem Unternehmen. Daher bestehe der Wunsch eine Fristverlängerung zu erhalten.

**Herr Figaj** (DIE GRÜNEN) sagte für DIE GRÜNEN, dass man sich ebenfalls dem anschließe, was Herr Röttger angeführt habe. Es lägen strittige Punkte Verkehr, Lärm, Verfüllung, Fördererhöhung vor. Es sei ein anspruchsvoller Auftrag an Herrn Hennig. Man solle, wenn möglich eine Runde schieben. Für die Fraktion DIE GRÜNEN könne er sagen, dass man auf jeden Fall intern noch Diskussionsbedarf habe.

**Herr Göllner** bat Herrn Hennig zusammenfassend, mit dem Dezernat Bergaufsicht zu klären, ob der Regionalversammlung eine Fristverlängerung eingeräumt werden könne bis Mitte März. Des Weiteren bat er Herrn Hennig darum, in einer Stellungnahme zusammenzufassen, was die Mitglieder in der Diskussion festgehalten haben. Und dies möglichst bis nächsten Donnerstag umzusetzen.

**zu TOP 4:** Anfragen und Mitteilungen

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

**Herr Göllner** bedankte sich für die rege Teilnahme. Herrn Hennig und Frau Mahler dankte er für deren Beiträge. Sein Dank richtete sich auch an die Gäste.

Zum Abschluss wünschte er allen ein Frohes Weihnachtsfest auch wenn dieses Jahr alles anders ist, sowie einen ruhigen familiären Rutsch ins neue Jahr 2021 und vor allen Dingen Gesundheit.

**Herr Göllner** beendete um 11:28 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende des NLF



Michael Göllner

Die Schriftführerin

gez. Iris Müller

Iris Müller